

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 28.02.2008

Sitzungsort: Rathaus Uhlstraße 3, Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.15 Uhr.

Vorsitz führte: Falkenstein

Stimmb. Mitglieder

Dr. Dahm CDU
 Falkenstein (Vors.) CDU
 Dr. F.-Immenkeppel CDU
 Stilz CDU
 Zündorf (SK) CDU
 Kravarioti (SK) CDU

Vilkmann SPD
 Jung (stv. Vors.) SPD
 Salvador SPD

Bohlfen fw/bVb

Niclasen Grüne

Heil (SK) FDP

Beratende Mitglieder

Mösch Obdachlosenber.
 Fahrenberger Obdachlosenb.
 Duda Vertr. Spätaussiedler
 Weidner Init.f.Völkerverständ.

Verwaltung

Freytag
 Gawlik
 Rampe
 Joswig - von Bothmer

Schriftführerin

Rempe

Gäste

Stellv. stimmb. Mitglieder

Boley CDU
 Simons CDU
 Dahmen CDU
 Ehrenstein CDU
 Fischer CDU
 Gerharz, F.J. CDU
 Gerharz, Th. CDU
 Hepp CDU
 Hosmann CDU
 Klug CDU
 Küster CDU
 Meeth CDU
 Pohl CDU
 Poschmann CDU
 Pütz CDU
 Rau CDU
 Schumacher CDU
 Vetterling CDU
 Vogel CDU

Berg SPD
 Blanke SPD
 Breu SPD
 Grafe SPD
 Heck SPD
 Dr. Petran SPD
 Reinkemeier SPD
 Weesbach SPD
 Wehrhahn SPD
 Meese (SK) SPD
 Weitz (SK) SPD

Baule fw/bVb
 Arth fw/bVb
 Mainzer fw/bVb
 Müller fw/bVb
 Schmitz fw/bVb

Bortlitz-Dickhoff Grüne
 vom Hagen Grüne
 Schönhütte Grüne
 Weber Grüne
 Winkelmann (SK) Grüne

Brämer FDP
 Pitz FDP
 Müller, C. (SK) FDP
 Wehr (SK) FDP

Stellv. beratende Mitglieder

Kunkemöller Obdachlosenb.
 Saidi ABR
 Yildirim ABR
 Wolf Spätaussiedler
 Saß-Blauhut Init.f.Völkerverst.

Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	A) Öffentlicher Teil		
1	Niederschrift vom 08.11.2007	3	
2	Mitteilungen	4	
2.1	Seniorenkonzept Rhein-Erft-Kreis <u>Bezug:</u> SoMiA 08.11.2007	4-6	110/92 h
2.2	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund <u>hier:</u> Förderantrag aus dem Landesprogramm KOMM-IN NRW	6-7	12/05 f
3	Anträge	7	
3.1	Dauerhaftes Ausfugen Pflasterung Fußgängerzone Innenstadt <u>hier:</u> Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 24.11.2007 <u>Bezug:</u> HA 11.02.2008	7	*79/89 aa+ab
4	Haushalt 2008 <u>Bezug:</u> Rat 10.12.2007	8	
5	Anfragen	9	
5.1	Finanzielle Unterstützung der Katholischen Ehe-, Familien- und Lebensberatung Erftkreis <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9	
5.2	Sachstand Ämterumzug im Rahmen der Barrierefreiheit <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9	
5.3	Brief von Pfarrer Krautkrämer an Bürgermeister <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9	
	B) Nichtöffentlicher Teil		
6	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung <u>hier:</u> Gewährung eines Zuschusses aus dem Härtefonds	10	10/08
7	Anfragen	10	
7.1	Drogenkonsum in der Stadt Brühl <u>hier:</u> Anfrage Ratsherr Stilz (CDU)	10	
8	Mitteilungen - keine -	10	

Vorsitzender Falkenstein (CDU) begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er stellt fest, dass die Einladung fristgerecht zugestellt wurde und fragt die Mitglieder nach Änderungs- oder Erweiterungswünschen der Tagesordnung.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) stellt den Antrag, die Diskussionsvorlage 3.1 „Dauerhaftes Ausfugen Pflasterung Fußgängerzone Innenstadt“ von der Tagesordnung zu nehmen. Die Vorlage der fw/bVb-Fraktion sei bereits ausführlich im HA und Vka diskutiert, beraten und beschlossen worden.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt bestehen zu lassen. Er habe Aufnahmen zur Begutachtung der Pflasterung in der Innenstadt mitgebracht und möchte diese den Mitgliedern des Ausschusses nochmals zeigen.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bittet die Mitglieder zu entscheiden und darüber abzustimmen, wie mit dem Tagesordnungspunkt in der Sitzung umgegangen werden soll.

Die Mitglieder entscheiden einstimmig das Belassen des Tagesordnungspunktes wegen seiner Aktualität.

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift vom 08.11.2007

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) nimmt Bezug auf das Schreiben seiner Fraktion an den Vorsitzenden Falkenstein (CDU). Die stellvertretende Vorsitzende der fw/bVb-Fraktion, Baule, mahnte in diesem Schreiben an, dass ihre Aussagen zu den TOP's der Sitzung in der Niederschrift nicht wiedergegeben wurden und sich die Fraktion dadurch zum Nachteil behandelt fühlt.

Sozialdezernent Freytag weist die Mitglieder auf Form und die zu dokumentierenden Inhalte der zu fertigenden Niederschrift nach DA Rat hin. Er gibt bekannt, dass jedes Mitglied eines Ausschusses das Recht hat, einen Hinweis an die Schriftführung zu geben, dass der Wortbeitrag aufgenommen wird. Es könne sogar eine wörtliche Wiedergabe des Gesprochenen in der Niederschrift verlangt werden. Er weist den Vorwurf der nachteiligen Behandlung der Fraktion zurück.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) akzeptiert die Äußerungen von Sozialdezernent Freytag und verzichtet darauf, die Ausführungen von der stellvertretenden Vorsitzenden der fw/bVb-Fraktion, Baule, in der Niederschrift nachträglich protokollieren zu lassen.

Gegen die Fassung der Niederschrift werden ansonsten keine weiteren Einwände seitens der Mitglieder erhoben.

2. Mitteilungen

2.1 Seniorenkonzept Rhein-Erft-Kreis

Bezug: SoMiA 08.11.2007

Vorlagen-Nr.: 110/92 h

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt das vom Rhein-Erft-Kreis erstellte Seniorenkonzept zur Kenntnis.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) stellt fest, dass in dem vorliegenden Konzept des Rhein-Erft-Kreises nicht viel Neues gesagt wird. Er schlägt deshalb vor, ab Seite 38 in die Diskussion einzusteigen.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass die Erhebung der Daten in dem vorliegenden Konzept durch den Rhein-Erft-Kreis erfolgt ist, da dieser zuständig ist. Einzelne Maßnahmen wie z.B. Pflegeberatung seien jedoch vor Ort in den Kommunen besser verankert.

Er kann sich vorstellen, dass die Wohnraumberatung beim Rhein-Erft-Kreis besser aufgehoben ist. In der Sozialdezernentenkonferenz wurde überlegt, die Wohnraumberatung zentral an einen externen Träger zu vergeben und die Stelle mit einem Architekten oder Sozialarbeiter zu besetzen. Eine Anlaufstelle in den einzelnen Kommunen vorzuhalten, würde sich somit erübrigen.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) regt an, das Konzept übergeordnet anhand der Ausführungen der Bundesregierung zum demographischen Wandel zu diskutieren.

Die Ausführungen besagen, dass nur diejenige Kommune zu den „Gewinnern“ gehört, die den Kampf um die jüngeren Bevölkerungsanteile führt. Das kommt ihrer Meinung nach sowohl in dem Vorschlag des Rhein-Erft-Kreises zur Entwicklung eines gesamtstrategischen Konzeptes als auch in der dadurch besser zu steuernden Entwicklung einer stabilen Einwohnerzahl in der jeweiligen Kommune zum Tragen. Brühl gehöre aufgrund des Zuzugs junger Menschen zu den expandierenden Gemeinden.

Sie gibt dem Vorsitzenden Recht zu seinen einführenden Worten zum Thema und fragt sich, welche konkreten präventiven Aufgaben ein Seniorenkoordinator beim Kreis erfüllen soll. Sie fragt sich weiter, welche Aufgaben und Funktionen der städtische Seniorenbeauftragte, Herr Schlerth, erledigt.

Zu Punkt 2 und 3 des Konzeptes „Primärempfehlungen an die Entscheidungsträger im Rhein-Erft-Kreis“ (S. 41), hier: „Einrichtung einer Wohnraumberatung ...“ möchte sie wissen, was die Gebauser auf diesem Gebiet anbietet.

Zu Punkt 3 „Einführung eines Case-Managements“ meint sie, dass die Wohlfahrtsverbände (Caritas, AWO etc.) hier schon aktiv sind. Sie begrüßt die Vorlage des Konzeptes und bittet die Verwaltung um Vorlage eines Berichtes mit folgenden Punkten:

- a) Was wird in der Seniorenarbeit gemacht?
- b) Was wird bereits an Maßnahmen umgesetzt?
- c) Was muss prioritär an Maßnahmen angegangen werden?
- d) Was kostet eine effektiv gestaltete Seniorenarbeit?

...

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) meint abschließend, dass Vieles, was in diesem Konzept an Maßnahmen aufgeführt ist, in Brühl schon umgesetzt wird, auch durch persönliche Erklärung und Engagement des Bürgermeisters. Sie sieht einen weiteren dringenden Handlungsbedarf, jedoch unter Berücksichtigung der finanziellen Belastungen.

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass Brühl von der Altersstruktur her die älteste Stadt der kreisangehörigen Städte ist.

Hinsichtlich der Auskunft über entstehende Personalkosten für die Einrichtung einer Stelle als „Seniorenkoordinator“ beim Rhein-Erft-Kreis ist dieser in seiner Zuständigkeit zu fragen.

Eine Wohnraumberatung für die Mieterinnen und Mieter der Gebausie wird seines Wissens von den MitarbeiterInnen intern durchgeführt, eine Beratung für externe Hilfesuchende findet nicht statt.

Inwieweit ein Seniorenkoordinator für den Rhein-Erft-Kreis notwendig ist, kann er nicht beurteilen. Diese Personalie liegt in der Entscheidung des Rhein-Erft-Kreises selber.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) vergleicht die vorgehaltenen Angebote anderer Kommunen mit denen der Stadt Brühl und stellt fest, dass Brühl einige Defizite aufweist.

Er fragt, ob es sinnvoll ist, die Angebotslücken zu füllen oder nicht. Aufgrund des nicht mehr weg zu diskutierenden demographischen Wandels hält er die Überlegung der Einrichtung eines separaten Ausschusses zum demographischen Wandel und für Senioren für unabdingbar.

Ratsherr Jung (SPD) bittet im Namen der Fraktion darum, eine Verwaltungsvorlage zum Sachstand „Seniorenarbeit in Brühl“ zu fertigen und dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Er fragt nach, ob anfallende Kosten im städtischen Haushalt abzusichern sind.

Abschließend teilt er mit, dass er sich über den Begriff „Seniorenkoordinator“ sehr aufgeregt habe.

Rampe teilt dazu mit, dass das Konzept in der Amtsleiterkonferenz vorgestellt wurde. Zunächst sei der Begriff „Seniorenbeauftragter“ für den Rhein-Erft-Kreis gewählt worden. Durch Intervention der Fachbereichsleiter / Abteilungsleiter der Kommunen in der Konferenz wurde der neu gewählte Begriff festgelegt. Alle waren sich einig darin, dass in den Kommunen selber Seniorenbeauftragte bereits tätig sind und man nicht bereit ist, einen Solchen nochmals aus der Kreisumlage finanzieren zu müssen. Der zuständige Dezernent des Rhein-Erft-Kreises, Herr Cremer, hat der Begriffswahl „Seniorenkoordinator“ letztlich zugestimmt. Dieser soll kreisweit Angebote der Kommunen koordinieren.

Zu der Auflistung der in den einzelnen Kommunen vorgehaltenen Angebote teilt Rampe mit, dass diese vor Überarbeitung noch eklatantere Lücken aufwies, da die Kommunen ihre Angebote unter einem anderen Begriff zugeordnet haben.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) ist nicht klar, wie die Verwaltung in diesem Thema weiter vorgeht. Sie fragt Sozialdezernent Freytag, ob es Sinn macht, ein eigenes Konzept zu erstellen.

Sie unterstützt den Vorschlag von Ratsherr Bohlken (fw/bVb) zur Einrichtung eines Ausschusses für demographischen Wandel und Senioren.

Sie mahnt nochmals die Erstellung eines Wohnraumkonzeptes an. Der Bürgermeister habe dieses Konzept schon vor längerer Zeit angekündigt. Bis heute sei es aber bei der Ankündigung geblieben.

Sie fordert eine breit angelegte Diskussion in der Politik zum Thema „Demographischer Wandel in Brühl“.

Ratsfrau Küster (CDU) beklagt die Unvollständigkeit der Angaben über die Angebote für Senioren. Sie möchte wissen, wie mit dem Thema konkret vorgegangen werden soll.

Ratsfrau Vilkmann (SPD) schlägt vor, eine Auflistung der Angebote in Brühl vorzunehmen und darzustellen. Die Einrichtung eines spezifischen Arbeitskreises hält sie ihrerseits nicht für notwendig. Sie habe die Befürchtung, dass Vieles dort zerredet wird und keine konkreten Arbeitsergebnisse aus dem gebildeten Kreis hervorgehen.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) meint, dass in diesem Arbeitskreis auch die Probleme von älteren Migranten diskutiert werden könnten. Dieser Personenkreis darf in der Diskussion nicht länger außen vor bleiben.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt noch einmal nach, wie die weitere Diskussion des Konzeptes auf Kreisebene fortgeführt wird und ob ein Seniorenkonzept für die Stadt Brühl erstellt wird.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) erinnert Ratsfrau Niclasen (Grüne) an die Ausführungen und die Arbeitsaufträge an die Verwaltung, deren Erledigung Sozialdezernent Freytag zugesagt habe.

2.2 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund **hier: Förderantrag aus dem Landesprogramm KOMM-IN NRW** **Vorlagen-Nr.: 12/05 f**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sozialdezernent Freytag erklärt den Mitgliedern des Ausschusses die Fördervoraussetzungen für einen Antrag auf Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus dem Landesprogramm KOMM-IN NRW. Er weist auf einen besonderen neuen Baustein innerhalb der Fördervoraussetzungen dieses Landesprogramms hin, welcher vorsieht, die Verwaltungsspitze, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Ratspolitikerinnen und -politiker etc. intensiv in der Thematik „Integration“ zu schulen. Die Schulung wird voraussichtlich im August 2008 durch einen Bildungsträger (Bertelsmann-Stiftung, DGB) beginnen. Sozialdezernent Freytag bittet die Mitglieder des Ausschusses sich für diese Schulung zu melden.

Zur Finanzierung des Projektes „Soziale Stadt“, welches eine ideale Verknüpfung zum Thema „Integration“ darstellt, teilt er mit, dass die beantragten finanziellen Mittel voraussichtlich bewilligt werden.

Ratsherr Jung (SPD) geht davon aus, dass durch die zu erwartende Bewilligung keine weiteren zusätzlichen finanziellen Mittel in den städtischen Haushalt eingestellt werden müssen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) sagt, dass sie Bedenken hinsichtlich der Förderung für die Stadt Brühl hatte. Sie habe den Antragsformularen entnommen, dass nur große Städte förderungswürdig sind.

Darüber hinaus fordert ihre Fraktion nach der Wahl 2009 die Bildung eines Integrationsausschusses und fragt, ob die Verwaltung beabsichtigt, diesen zu installieren. Der derzeitige Ausländerbeirat arbeitet, wie bekannt, derzeit nicht effektiv.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) möchte von Sozialdezernent Freytag wissen, ob sie die Kostenbelastungsrelation von Bund / Kommune in Höhe von 80 % : 20 % richtig eingeschätzt hat. Sie fragt, ob beabsichtigt ist, eigenes Personal für die Durchführung des Förderkonzeptes vorzuhalten.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass eigenes Personal für die Durchführung des Konzeptes eingesetzt wird.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) sagt, dass seine Fraktion, basierend auf den Hintergrund der Situation im Stadtteil Vochem und der teilweise festgestellten Ineffektivität der Arbeit des Ausländerbeirates, erneut die Installierung eines Integrationsausschusses beantragen will. Im Jahr 2004 sei bekanntlich dieser Antrag schon einmal abgelehnt worden.

Ratsfrau Küster (CDU) sagt, dass sie die Bildung eines solchen Ausschusses für grundverkehrt erachtet. Sie sieht in diesem Ausschuss künftig nur die Teilnahme der RatsvertreterInnen an den Sitzungen.

Ratsfrau Vilkmann (SPD) bedauert, dass der Ausschuss in der Vergangenheit nicht installiert worden ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Vorsitzende Falkenstein (CDU) den Tagesordnungspunkt ab.

3. Anträge

3.1 Dauerhaftes Ausfugen Pflasterung Fußgängerzone Innenstadt hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 24.11.2007 Bezug: HA 11.02.2008 Vorlagen-Nr.: 79/89 aa+ab

Vorsitzender Falkenstein (CDU) gibt Ratsherr Bohlken (fw/bVb) die Möglichkeit, Aufnahmen des jetzigen Zustandes der Pflasterung der Fußgängerzone Innenstadt den Mitgliedern des Ausschusses zu zeigen.

Da der Antrag schon intensiv in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert und behandelt wurde, melden die Mitglieder des Ausschusses keinen weiteren Diskussionsbedarf an.

4. **Haushalt 2008** **Bezug: Rat 10.12.2007**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Entwurf des Haushaltes 2008 zur Kenntnis.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bittet die Mitglieder sich hinsichtlich des Entwurfs des Haushaltes 2008 für die Abteilung 50/3 zu melden.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) wendet ein, dass die Beratungen zum Haushalt bereits abgeschlossen seien.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) erwidert, dass der Ausschuss ein lebendiger Ausschuss sei und ein Recht hat, den Entwurf nochmals zu diskutieren. Da noch eine Sitzung zu den Haushaltsberatungen anberaumt ist, können vom Ausschuss evtl. noch nicht beabsichtigte Vorschläge, Veränderungen in die abschließende Beratung eingebracht werden. Er schlägt vor, Seite für Seite den Entwurf zu diskutieren. Er bittet Sozialdezernent Freytag zu den Neuerungen in der Haushaltsaufstellung ab Seite 289 Erläuterungen abzugeben.

Sozialdezernent Freytag weist auf die Seite 293 des Entwurfs hin, wo zum ersten Mal mit Kennzahlen operiert wurde. Er erläutert die in diesen Schemata verwendeten Begriffe und die inhaltlichen Zusammenhänge der dargestellten Zahlen. Er merkt an, dass sich die Ausweisung der Personenhaushalte mit Kennzahlen erst am Anfang befindet und von daher in ihrer Anwendung noch nicht ausgereift ist. Er meint, dass es sich langfristig lohnen wird, mit Kennzahlen zu arbeiten, um eine bessere Transparenz zu schaffen.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) stellt an Sozialdezernent Freytag die Frage, welche Aussage eine Kennzahl über die Kinderfreundlichkeit (z. B. Obdachlosenbereich) gibt.

Sozialdezernent Freytag (CDU) sagt, dass diese im Zusammenhang mit den politischen Zielsetzungen der Haushaltskonsolidierung und dem Bestreben zu sehen ist, mehr für Kinder und Jugendliche in der Stadt Brühl zu tun. Eine Kennzahl gibt Auskunft über die Zielerreichung oder eine vorzunehmende Änderung des bisherigen strategischen Handelns. Die beschriebenen Personengruppen stehen exemplarisch für die Zuweisung der Kennzahlen.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) wirft Sozialdezernent Freytag vor, ungenaue und undifferenzierte Aussagen zu den Kennzahlen zu geben. Er fragt nach, ob es Vergleiche zu Kennzahlen anderer Kommunen gibt.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass alle Kommunen am Anfang des neuen Modells der Haushaltsaufstellung sind.

Nach weiterer Diskussion und Austausch von Sichtweisen zur Haushaltssaufstellung schließt Vorsitzender Falkenstein den Tagesordnungspunkt

5. Anfragen

5.1 Finanzielle Unterstützung der Katholischen Ehe-, Familien- und Lebensberatung Erftkreis

hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grün)

Ratsfrau Niclasen (Grüne) weist darauf hin, dass ihre Fraktion im Hauptausschuss einen Antrag zur finanziellen Unterstützung der Beratungsarbeit der Katholischen Ehe-, Familien- und Lebensberatung Erftkreis gestellt habe. Dieser sei bekanntlich abgelehnt worden. Sie meint, dass die Beratungsstelle hinsichtlich ihrer Existenzsicherung und Aufrechterhaltung der Kontinuität in der Beratungsarbeit für Brühler Bürgerinnen und Bürger auf eine finanzielle Unterstützung angewiesen ist. Sie bittet darum, die Leiterin der Beratungsstelle, Frau Pimperz-Gellert, für die nächste Sitzung einzuladen, damit diese über die Tätigkeit und das Aufgabenspektrum der Beratungsstelle berichten kann.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen einer Einladung von Frau Pimperz-Gellert in die nächste Sitzung zu.

Ratsfrau Küster (CDU) weist darauf hin, dass die Beratungsstelle mitgeteilt habe, dass Ratsuchende aus dem gesamten Rhein-Erft-Kreis die Institution aufsuchen und von daher eine Bezuschussung abgelehnt wurde.

5.2 Sachstand Ämterumzug im Rahmen der Barrierefreiheit

hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet um Sachstandsbericht zum Ämterumzug im Rahmen der Barrierefreiheit.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass eine Arbeitsgruppe aus Fachleuten gebildet und installiert wurde, die den städtischen Immobilienbestand eruiert und geeignete Objekte unter den geforderten Bedingungen untersucht. Die Arbeitsgruppe ist zudem aufgefordert, bis Sommer 2008 ein Konzept zu erstellen. Der Bürgermeister wird einen Bericht im HA / Rat zur Kenntnis und Diskussion geben.

5.3 Brief von Pfarrer Krautkrämer an Bürgermeister

hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen

Ratsfrau Niclasen (Grüne) teilt mit, dass Pfarrer Krautkrämer einen Brief an den Sozialausschuss geschrieben habe. In diesem Brief wurde die Situation der Alleinstehenden im Obdachlosenbereich Lupinenweg beschrieben. Sie möchte wissen, ob der Bürgermeister den Brief beantwortet und warum der Ausschuss keine Kenntnis von dem Schreiben hat.

Rampe teilt mit, dass seine Abteilung den Brief vorliegen hatte und der Bürgermeister den Brief beantwortet hat.